



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

10 JAHRE ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT FÜR BELARUS BELARUSSISCH-UKRAINISCHE BEZIEHUNGEN

■ ANALYSE		
10 Jahre Östliche Partnerschaft für Belarus – Erfolg, Misserfolg oder etwas dazwischen?		2
Katsiaryna Shmatsina (Belarussisches Institut für Strategische Studien BISS, Minsk)		
■ STATISTIK		
Politische Beziehungen mit der EU		7
■ UMFRAGE		
Umfragen des Belarusian Analytical Workroom		7
Umfragen von EU Neighbours East		8
■ ANALYSE		
Die belarussisch-ukrainischen Beziehungen: Strategische Partnerschaft entgegen der geopolitischen Ausrichtung		10
Dzianis Melyantsou (Programmkoordinator »Belarussische Außenpolitik« des Rates für internationale Beziehungen »Minsker Dialog«, Minsk)		
■ STATISTIK		
Politische Beziehungen und Handel mit der Ukraine		14
■ UMFRAGE		
Umfrage des Russisch-belarussischen Expertenclubs und des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus		16
Umfrage des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)		17
■ CHRONIK		
19. November 2019 – 12. Januar 2020		18

10 Jahre Östliche Partnerschaft für Belarus – Erfolg, Misserfolg oder etwas dazwischen?

Katsiaryna Shmatsina (Belarussisches Institut für Strategische Studien BISS, Minsk)

Zusammenfassung

Die Bilanz der Beteiligung von Belarus an der Östlichen Partnerschaft (ÖP) fällt gemischt aus. Vor dem Beginn der ÖP waren die bilateralen Kontakte zwischen Belarus und der EU aufgrund der dürftigen Bilanz der belarussischen Regierung im Bereich der Menschenrechte begrenzt. Die Aufnahme von Belarus in die ÖP im Jahr 2009 hatte den Beziehungen zwischen Minsk und Brüssel zu einem Neustart verholfen. Dabei hatte die belarussische Führung allerdings wirtschaftlichen Interessen den Vorrang vor einer politischen Transformation gegeben, wie sie im Rahmen der ÖP angeregt ist. Die seit 2015 angestrebte Normalisierung in den Beziehungen zwischen der EU und Belarus brachte positive Veränderungen, da regelmäßige politische Kontakte zunahm und Belarus stärker in Initiativen der ÖP eingebunden wurde.

Gleichwohl sind nur langsame Fortschritte zu verzeichnen, sind die Verhandlungen zu den Prioritäten der Partnerschaft ins Stocken geraten und es liegt immer noch kein ratifiziertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen Belarus und der EU vor. Während die politische Annäherung und Zusammenarbeit bescheiden ausfällt, ergibt sich durch die Teilnahme an der ÖP einiger Nutzen für Belarus: Technische Unterstützung befördert politische Reformen und sorgt für einen Wandel in der Wirtschaft. Beides zielt auf die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit sowie eine nachhaltige Entwicklung von Belarus ab. Darüber hinaus ist die belarussische Regierung angesichts des Umstandes, dass die Finanzierung in der ÖP an die Achtung der Menschenrechte und demokratische Standards geknüpft ist, genötigt, erträgliche Bedingungen für die Zivilgesellschaft in Belarus zu gewährleisten.

Einleitung

Das Programm der Östlichen Partnerschaft ist eine gemeinsame politische Initiative der EU, der Mitgliedsstaaten der EU und von sechs Partnerländern in Osteuropa und dem Südkaukasus (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine). Die Östliche Partnerschaft wurde im Jahr 2009 auf polnische und schwedische Initiative hin gestartet, um über die bestehende Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) hinaus eine spezifische politikfördernde Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren östlichen Nachbarn zu unternehmen. Hinter diesen Vorschlägen stand die Überlegung, eine umfassende Politik gegenüber den unmittelbaren östlichen Nachbarn der EU aufzunehmen, ähnlich dem Programm der Südlichen Partnerschaft im Mittelmeerraum. Eines der gewichtigen Argumente für diese neue Politik war der russisch-georgische Krieg von 2008, der Sorgen hinsichtlich der Sicherheit in der Region geweckt hatte.

»Das ist der Grund, warum wir die Östliche Partnerschaft gestartet haben – um eine Lücke in der allgemeinen Nachbarschaftspolitik der EU zu schließen, und um anzuerkennen, wie wichtig die Entwicklungen in der Region in den kommenden Jahren für die EU sein werden.« *Carl Bildt and Radoslaw Sikorski, ehemalige Außenminister von Schweden und Polen, die gemeinsam 2009 die Politik der Östlichen Partnerschaft mitgestaltet haben. (New Eastern Europe, Mail/August 2019)*

Die ÖP umfasst sowohl bilaterale wie multilaterale Felder des Engagements mit den Nachbarstaaten, die die Stabilisierung und Widerstandskraft der Mitgliedsstaaten der ÖP stärken sollen, indem die EU Normen, Standards und technische Hilfe anbietet. Zu den vier wichtigsten Schwerpunktbereichen der ÖP gehören eine stärkere Wirtschaft (wirtschaftliche Entwicklung und Marktchancen), eine bessere Regierungsführung (Stärkung der Institutionen und gute Regierungsführung), eine bessere Konnektivität (Konnektivität, Energieeffizienz, Umwelt und Klimawandel) und eine Stärkung der Gesellschaft (Mobilität und *People-to-people*-Kontakte). 2012–2013 erfolgte die ÖP-Förderung im Umfang von 2,5 Milliarden Euro über das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI). Für den Zeitraum 2014–2020 wurde die Förderung über das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI) ausgeweitet und beträgt insgesamt 15 Milliarden Euro. Wegen der Politik eines kritischen Engagements der EU gegenüber Belarus wurde die Förderung 2009–2013 auf der bilateralen Ebene eingeschränkt. Nach der Normalisierung des Dialogs jedoch kam Belarus 2014–2018 in den Genuss von 110 Millionen Euro Unterstützung durch die EU.

Die politische Dimension

Die Teilnahme von Belarus am Programm der Östlichen Partnerschaft entwickelte sich vor dem Hinter-

grund eines Wechsels von Isolierung und Annäherung. Als die ÖP entwickelt wurde, war Belarus wegen der schlechten Bilanz der Regierung im Bereich der Menschenrechte de facto von der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ausgeschlossen. Die Ratifizierung des 1995 ausgehandelten Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) war wegen des verfassungswidrigen Referendums und der Repressionen gegen die Opposition gestoppt worden. Nach der Niederschlagung der Proteste anlässlich der Wahlen von 2006 ging die EU zu einem »kritischen Engagement« in Bezug auf Belarus über, das bei Kontakten auf offizieller Ebene eine Isolierung bedeutete, während gleichzeitig die Zivilgesellschaft unterstützt wurde. 2009 schuf die – trotz der engen Bindungen zu Russland – neutrale Haltung von Belarus hinsichtlich einer Anerkennung von Südossetien und Abchasien das Momentum für eine Annäherung. Das ermöglichte die Wiedereröffnung der EU-Vertretung in Belarus, eine Reihe hochrangiger Besuche in Minsk (einschließlich eines Treffens des Hohen Vertreters der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, mit Präsident Aljaksandr Lukaschenka) sowie eine teilweise Aufhebung der Sanktionen.

Die Einbeziehung von Belarus in das Programm der ÖP bedeutete – neben dem übergeordneten politischen Ziel, nun einen umfassenden Ansatz gegenüber den östlichen Nachbarn der EU zu verfolgen – einen Neustart in den Beziehungen der EU zu Belarus. Diese Annäherung war allerdings nur von kurzer Dauer, und es folgte ein weiterer Zyklus von Spannungen: 2011 führte die EU neue Sanktionen ein, nachdem die Regierung in Minsk die Proteste nach den Präsidentschaftswahlen 2010 gewaltsam niedergeschlagen hatte.

In Zeiten, in denen die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Belarus auf einem Tiefpunkt waren, ermöglichte das multilaterale Format der ÖP eine Fortführung des Engagements gegenüber Belarus. Ungeachtet der eingeschränkten bilateralen Kontakte zwischen Minsk und Brüssel vertrat der belarussische Außenminister Uladsimir Makej das Land bei den Gipfeln der Östlichen Partnerschaft. Während die bilaterale Förderung für Belarus in der ÖP eingeschränkt blieb, erlaubte das multilaterale Format der ÖP eine Einbeziehung von Belarus in die Vorzeigeprojekte zum Umweltschutz und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die das Land mit der EU und den Nachbarn in der ÖP verbanden und zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region beitragen. So unterstützte das grenzüberschreitende Programm Polen-Belarus-Ukraine nicht nur belarussische Grenzinfrastruktur, sondern auch das lokale Gesundheits-, Fremdenverkehrs- und Bildungswesen.

Während der Krise um die Ukraine erfolgte in den Beziehungen zwischen Belarus und der EU ein beträcht-

licher Wandel, als die Stabilität östlich der Union (einschließlich Belarus) zu einer Priorität der EU wurde und die aktive Rolle von Minsk bei den Friedensgesprächen dort es ermöglichte, ein neues Kapitel der Annäherung zu öffnen. Seit 2015 entwickeln sich die Beziehungen zwischen Belarus und der EU in einem »Normalisierungsmodus«; wichtige Sanktionen wurden 2016 aufgehoben und die politischen Kontakte wurden intensiver.

Als die EU sich entschied, in den Beziehungen wieder einen Neustart zu unternehmen, wurde das von der belarussischen Führung begrüßt, wobei eher die Gemeinsamkeiten betont wurden, und nicht problematische Themen wie etwa demokratische Standards. Diese Annäherung sorgte aber für Befürchtungen, die EU könnte ihre Haltung gegenüber der Menschenrechtslage aufgeben. Einerseits ist ein Dialog zwischen Minsk und Brüssel besser als eine Isolierung, da er es erlaubt, trotz der ideologischen Differenzen einen stabilen Kommunikationskanal zu unterhalten. Die EU ist für die belarussische Führung ein mächtiger regionaler Akteur. Die Beziehungen zu diesem unmittelbaren Nachbarn helfen ein wenig, die engen Bindungen zu Russland etwas auszubalancieren. Gleichzeitig werfen verbesserte Beziehungen zu Belarus für die EU die schwer zu lösende Frage auf, wie angesichts der geopolitischen Ambitionen Russlands eben diese Verbesserung der Beziehungen zu Minsk und eine Stärkung der Unabhängigkeit des Landes bewerkstelligt werden können, ohne dem autoritären Regime Legitimität zu verleihen.

Die Annäherung brachte allerdings nur wenige spürbare Resultate. Die gegenwärtigen bilateralen Beziehungen werden immer durch ein Abkommen geregelt, das 1989 noch mit der UdSSR abgeschlossen wurde. Die Verhandlungen über die Schwerpunkte der Partnerschaft [Partnership Priorities] (eine Roadmap, die den Weg zu einem umfassenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ebnen könnte) sind aufgrund der Besorgnis Litauens anlässlich des Atomkraftwerks Astrawez in der Nähe der litauischen Grenze ins Stocken geraten. Die Verhandlungen über ein Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen wurden nach fünf Jahren in diesem Jahr endlich abgeschlossen. In der ÖP bleibt Belarus gegenüber den anderen Partnerländern ein Sonderfall: Selbst in Armenien und Aserbaidschan, für die ebenfalls die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU den Vorrang gegenüber einer politischen Assoziierung hat, besteht eine bessere Grundlage für Kooperation, da hier Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, Partnerschaftsschwerpunkte sowie 2014 in Kraft getretene Visaabkommen vorhanden sind.

Im Juli 2019 erklärte Präsident Aljaksandr Lukaschenka bei einem Treffen mit der Leiterin der EU-Delegation in Belarus, Andrea Wiktorin, die Bereitschaft,

den Dialog mit der EU nicht nur zu Wirtschaftsfragen, sondern auch in politischen Angelegenheiten zu verstärken. Solche Stellungnahmen sind in der Praxis kaum umsetzbar. Minsk und Brüssel bewegen sich auf unterschiedlichem Boden: Belarus ist nicht bereit, politische Reformen zu unternehmen oder einen Weg Richtung Europa einzuschlagen. Die belarussische Führung strebt eher einen pragmatischen Kompromiss und die Aufhebung bestehender Sanktionen. Minsk sucht nach einer gemeinsamen Grundlage zur Aushandlung von Rahmenabkommen wie etwa einem Partnerschafts- und Kooperationskommen (PKA). Wie es die Stellvertretende Generaldirektorin für die Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Katarina Mathernova, formuliert sprechen Belarus und die EU »auf unterschiedlichen Frequenzen«. Die Plattform der ÖP macht es da möglich, den bilateralen Dialog zu entwickeln und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Um es zusammenzufassen: Der Rahmen der ÖP erlaubt zwar eine Förderung der bilateralen Verbindungen, doch gibt es nur langsame Fortschritte.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und technische Hilfe

Die über die ÖP erfolgende technische Hilfe ist für Belarus von besonderer Bedeutung, weil sie auf eine langfristige nachhaltige Entwicklung und Stärkung der Wirtschaft abzielt. Im Rahmen der ÖP-Linie »Stärkere Wirtschaft« (EaP Stronger Economy track) unterstützte ein 2017–2019 durchgeführtes Twinning-Projekt die Nationalbank von Belarus, und zwar in Zusammenarbeit mit der deutschen Bundesbank und den Zentralbanken von Polen und Litauen. Das Twinning-Projekt hatte zum Ziel, die Kapazität der Zentralbank zu stärken, die Finanzrisiken zu steuern die Bankenaufsicht zu stärken und langfristige Verbesserungen wie eine Stabilisierung des Belarussischen Rubel und eine Eindämmung der Inflation anzustreben. Der Erfolg des Pilotprojekts ebnete den Weg für weitere Twinning-Zusammenarbeit mit anderen Regierungsstellen wie dem Nationalen Katasteramt und dem Katastrophenschutzministerium. Weitere Projekte sind in Arbeit. 2019 starteten die EU und die Weltbank ein Beratungsprogramm für die Entwicklung des privaten Sektors. Die EU stellt mit der idealen Unterstützung der Weltbank Hilfen im Umfang von 4,8 Millionen Euro zur Verfügung, bei der Experten der Weltbank kleinen und mittleren Unternehmen beratend zur Seite stehen. Die Unterstützung zielt auf Unternehmensentwicklung, die Attraktivität und Zurückbehaltung von Investitionen (einschließlich einer Mobilisierung privater Finanzen für öffentliche Infrastruktur).

Ein weiteres Projekt von EU und Weltbank, das 2018 gestartet wurde, zielt auf eine Stärkung des öffentlichen

Finanzsystems, eine Förderung des Wirtschaftswachstums und einen Anstieg der Einkommen gewöhnlicher Belarussen ab. Die Weltbank betont nachhaltig, wie sehr für die belarussische Wirtschaft Reformen vonnöten sind, und wie mit finanzieller Unterstützung der EU einige politische Veränderungen möglich gemacht werden können.

Die EU-Initiative zur Konnektivität, der Aktionsplan für Verkehrsnetze (*»Indicative TEN-T Investment Action Plan«*), der über den ÖP-Schwerpunkt Konnektivität unterstützt wird, ist ein großes Infrastrukturprojekt, das Straßenverbindungen von insgesamt 890 Kilometern sowie 200 Kilometer verbesserte Eisenbahnstruktur in Belarus und darüber hinaus in der Region herstellt, was das Wirtschaftswachstum steigern und Arbeitsplätze schaffen soll. Durch den finanziellen »Mischungsansatz« bei diesem Projekt, erhalten die belarussischen Behörden nicht nur eine Finanzierung über die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und die Europäische Investitionsbank (EIB), sondern werden auch dazu ermutigt, Gelder über Öffentlich-Private Partnerschaften zu »acquirieren« und ein transparentes Beschaffungssystem einzusetzen.

Die Tätigkeit der EBWE und der EIB über die Kanäle des Schwerpunkt Stärkung der Wirtschaft trägt zur wirtschaftlichen Modernisierung des Landes bei. Nach einem Tauwetter in den Beziehungen der EU zu Belarus weitete die EBWE ihre Unterstützung für öffentliche Institutionen aus, wo sie doch früher nur mit der Privatwirtschaft zusammengearbeitet hatte. Auf ähnliche Weise hat die EIB ihr Mandat in Belarus 2017 erweitert, wobei sie 84 Millionen Euro zur Modernisierung des Abwassersystems der belarussischen Hauptstadt aufgebracht hat, wie auch Anleihen von 75 Millionen Euro für die »Belagroprombank« und die »Belarusbank«, um 200 kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Insgesamt beläuft sich das Portfolio der EIB-Investitionen in Belarus 2017–2019 auf 335 Millionen Euro. Die Präsenz der EBWE und der EIB in Belarus ist – neben der Unterstützung für Infrastrukturprojekte – auch in dem Maße wichtig, in dem es die Anleihemöglichkeiten für Belarus diversifiziert. Wenn ein Land externe Anleihen nachsucht, müssen nicht nur die von Seiten der Entwicklungsbank gestellten finanziellen Bedingungen für eine Anleihe betrachtet werden, sondern auch die potentielle politische Agenda, die durch den Kreditgeber verfolgt werden könnte. So besteht eine der allgemeinen Befürchtungen hinsichtlich der chinesischen »Belt and Road Initiative« (BRI) darin, dass hinter der Initiative geopolitische Ambitionen stecken könnten, wenn die BRI im Empfängerland auf sensible Infrastruktur gerichtet ist. Die BRI könnte womöglich auch eine alles andere als nachhaltige finanzielle Belastung auferlegen,

die dann in einer Übernahme der Infrastruktur resultieren könnte, wie im berüchtigten Fall des Hafens in Sri Lanka. Wenn Belarus Kredite von der Eurasischen Entwicklungsbank (EDB) erlangen wollte, müssten in ähnlicher Weise die potenziellen politischen Interessen der an der EDB beteiligten Seiten in Bezug auf Belarus berücksichtigt werden. Gerechterweise ist zu erwähnen, dass die Präsenz der EIB und der EBWE ebenfalls an die politischen Beziehungen zwischen Minsk und den europäischen Partnern geknüpft ist. Andererseits ermöglicht diese Präsenz eine Diversifizierung der Kreditoptionen von Belarus; weitere Vorteile sind die Ansprüche an Transparenz und die hohen Umweltstandards.

Zu den herausragenden ÖP-Projekten gehört auch die Initiative »EU4Business«, die 4.500 Firmen über eine Finanzierung und Exportförderung für neue Märkte unterstützt. Sie half auch bei der Schaffung von 4.000 neuen Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen.

Darüber hinaus erleichterte die Beteiligung von Belarus an der ÖP Unterhandlungen, die das Land mit EU-Mitgliedsstaaten über einen WTO-Beitritt führt; sie werden derzeit bilateral mit jedem der Mitgliedsstaaten abgeschlossen.

Während der politische Dialog zwischen Minsk und Brüssel volatil bleibt und auf beiden Seiten Begrenzungen für ein politisches Engagement bestehen, bringen die Instrumente der ÖP für technische Hilfe und Zusammenarbeit die dringend benötigte Unterstützung für politische Veränderungen, die auf eine langfristige, nachhaltige Entwicklung des Landes abzielen.

Östliche Partnerschaft und die belarussische Gesellschaft

Im Rahmen der ÖP-Linie »Stärkere Gesellschaft« (EaP Stronger Society track) fördert die EU Mobilität und Kontakte zwischen den Menschen. Seit 2009 haben über 3.000 Studenten und wissenschaftliche Mitarbeiter von akademischen Austauschmaßnahmen profitiert. Über 3.400 junge Menschen aus Belarus haben an gemeinsamen Austausch- und Freiwilligenprojekten teilgenommen. Diese Zahlen mögen zwar zusammengenommen beeindruckend klingen, doch ist der Umfang des akademischen Austauschs verglichen mit der Gesamtzahl belarussischer Studenten (die im Studienjahr 2018/19 insgesamt 252.600 betrug) gering. Eine der Herausforderungen, durch die die akademische Mobilität (unter anderem die Attraktivität des Landes für ausländische Studierende) beeinträchtigt wird, ist die fehlende Einhaltung der Kriterien des Bologna-Prozesses durch Belarus.

Über 3.200 Belarussen haben von dem Programm MOST (»Mobility Scheme for Targeted People-to-People-Contacts«) profitiert, von kurzzeitigen fachli-

chen Austauschaufenthalten in unterschiedlichen Bereichen, angefangen von Kultur und Bildung bis hin zu Technologie und Unternehmenswesen. Dabei sollen professionelle Kontakte zu Kollegen in den Mitgliedsstaaten der EU geknüpft werden. Zu den vielen MOST-Projekten, die 2019 gefördert wurden gehören der Besuch einer belarussischen Ärztedelegation auf der »Vereinigten Gastroenterologie-Woche 2019« in Barcelona oder aber der Besuch von belarussischen Bibliothekaren zum Aufbau netzwerkartiger Kontakte zu Bibliotheken in den Niederlanden. Solche Besuche sind deshalb von besonderem Wert, weil sie eine Unterstützung für die betreffenden Organisationen und Personen bedeutet, die nicht unbedingt in der Lage wären, solche Reisen selbst zu finanzieren.

Eine der konkreten Leistungen des Dialogs EU–Belarus im Rahmen der ÖP ist der Abschluss der Verhandlungen über ein Visae erleichterungs- und Rückübernahmeabkommens, das in den kommenden Monaten unterzeichnet werden soll. Zu den Visaerleichterungen würden eine Gebührenreduzierung für ein Schengenvisum von 60 auf 35 Euro, eine längere Gültigkeit sowie mehr Möglichkeiten für eine Gebührenbefreiung gehören. Das käme sozialen Gruppen wie Menschen mit Behinderungen oder Kindern unter 12 Jahre zugute. Auf diese Schritte hatte man seit langem gewartet, ist doch Belarus das einzige Land in der ÖP ohne geltendes Visae erleichterungs- und Rückübernahmeabkommen mit der EU und die Belarussen hatten im Vergleich zu ihren Nachbarn einen hohen Visumspreis zu zahlen.

Das Zivilgesellschaftsforum der ÖP ist ein Instrument, das die Stimmen der Zivilgesellschaft verstärken soll. Das Forum verfügt zwar über keine rechtlichen Befugnisse, doch haben die Mitglieder des CSF die Möglichkeit, bei den Jahresversammlungen ihre Besorgnis zu äußern und die Offiziellen der EU auf Menschenrechtsfragen aufmerksam zu machen. Die belarussische Plattform des CSF hat 80 Mitglieder, die innerhalb des Landes zusammenarbeiten und sich mit Partnern in anderen ÖP-Ländern vernetzen. Dank der Möglichkeiten des Forums, Fördermittel weiter zu verteilen (re-granting), unternehmen Mitglieder des CSF gemeinsame Initiativen über die Grenzen der einzelnen ÖP-Länder hinweg, beispielsweise den ÖP-Index, der die Fortschritte der Partnerländer hinsichtlich einer nachhaltigen demokratischen Entwicklung beleuchtet. Darüber hinaus hat das CSF nach den Protesten in Belarus gegen das sogenannte Gesetz gegen Sozialschmarotzertum und den Verhaftungen dort eine Monitoring-Mission unternommen und dabei auf die Menschenrechtslage verwiesen.

Die Auswirkungen der ÖP auf die Zivilgesellschaft in Belarus lassen sich mit den Worten des belarussischen Koordinators des Zivilgesellschaftsforums (CSF) der

ÖP, Mikalaj Kwantaljani zusammenfassen: Immerhin »haben sich die Bedingungen nicht verschlechtert«. Dies könnte als nicht einmal bescheidene Leistung betrachtet werden, bedeutet aber in Wirklichkeit, dass die ÖP die belarussische Regierung dazu zwingt, der Zivilgesellschaft Räume zuzugestehen, auf drastische Repressionen zu verzichten und Vertreter der Zivilgesellschaft in den Dialog mit der EU einzubeziehen. Ungeachtet des Umstandes, dass sich sowohl Offizielle aus der EU wie auch die belarussischen zivilgesellschaftlichen Organisationen darüber im Klaren sind, dass die belarussische Regierung die Zivilgesellschaft nur dann in politische Diskussionen einbezieht, wenn die EU darauf besteht, räumen die belarussischen Mitgliedsorganisationen des Zivilgesellschaftsforums ein, dass in den vergangenen Jahren ihre Möglichkeiten, Entscheidungsträger auf nationaler Ebene zu erreichen, »beträchtlich zugenommen« hätten. Insbesondere Mitglieder der nationalen Plattform des CSF haben die Möglichkeit, im Rahmen des Dialogs Entscheidungsträgern der EU ihre Berichte vorzulegen und ihnen gegenüber ihre Sorgen zu formulieren.

Bei den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Östlichen Partnerschaft im Mai 2019 in Brüssel sprach beispielsweise Maryna Korsch, eine Aktivistin, die sich für ein Gesetz zum Schutz vor häuslicher Gewalt einsetzt, diese Frage in Anwesenheit des belarussischen Außenministers Uladsimir Makej an. Im Nachfeld dieser Diskussion trafen sich Maryna Korsch und Uladsimir Makej später in Minsk und diskutierten Probleme rund um häusliche Gewalt und die Notwendigkeit eines Gesetzes. Das Gesetz war früher vom Präsidenten abgelehnt worden, was wiederum eine gesellschaftliche Kampagne zugunsten des Gesetzes auslöste. Maryna Korsch zufolge hätte ein solches Treffen früher nicht stattfinden können. Jetzt habe das Internationale Forum es ermöglicht, diese Frage anzusprechen, und der Minister habe reagieren müssen. Das Treffen brachte zwar nicht die erwünschten Veränderungen hinsichtlich der Verabschiedung des Gesetzes (und zudem liegt die Frage häusliche Gewalt außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Außenminis-

teriums), doch sorgte diese Diskussion für internationale Aufmerksamkeit für das Problem, während es innenpolitisch von der Regierung ignoriert wurde.

Schlussfolgerungen

Das Programm der ÖP ist für Belarus in dem Maße wichtig, als es erlaubt, einen stabilen Kommunikationskanal zur EU zu unterhalten. Es ermöglicht zudem auf unkonfrontative Weise die Suche nach gemeinsamen Grundlagen. Während die ÖP dem Land keine bedeutsamen politischen Veränderungen bringen dürfte, betont die EU, dass Fortschritte in ihren Beziehungen zu Belarus an die Menschenrechtslage im Land geknüpft sind. Dank der ÖP wird die Zivilgesellschaft wenigstens formal in den Dialog mit der Regierung eingebunden, was die Regierung ohne Druck der EU wohl eher vermeiden würde. Ungeachtet der bescheidenen Fortschritte in der politischen Dimension der ÖP erleichtert die technische Hilfe für die belarussische Wirtschaft nicht nur notwendige Politikreformen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Infrastrukturprojekte, sondern leistet auch einen Beitrag zur langfristigen und nachhaltigen Entwicklung des Landes. Die Stärkung von Belarus wiederum trägt zur allgemeinen politischen Stabilität des Landes bei.

Ausblickend ist festzuhalten, dass die Europäische Kommission 2020 wohl eine revidierte Politik gegenüber der ÖP-Region verkünden wird. Es ist wichtig, dass die neue Politik der EU eine Balance zwischen politischem Pragmatismus (etwa einer Zusammenarbeit mit der autoritären belarussischen Führung, um Stabilität an den EU-Grenzen zu gewährleisten) und einer fortgesetzten Unterstützung für die Zivilgesellschaft sowie für demokratische Standards in Übereinstimmung mit dem wertebasierten Ansatz der EU. Belarus ist für die EU eindeutig nicht der Nachbar, mit dem sie es am einfachsten hat, obwohl es ein wichtiger Anrainer ist. Schließlich stellt die Stabilität von Belarus ein Puzzle dar, dessen Lösung unabdingbar für die regionale Sicherheit ist.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

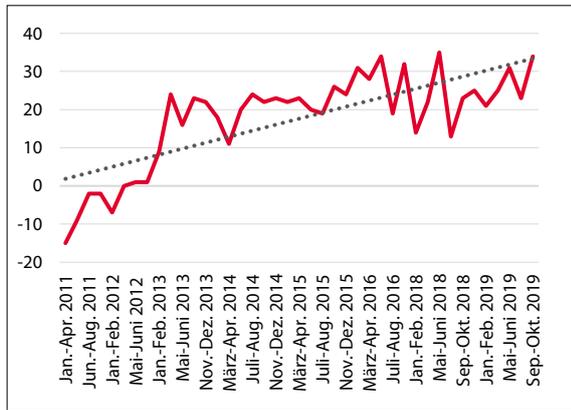
Über die Autorin

Katsiaryna Shmatsina ist politische Analytikerin am Belarussischen Institut für Strategische Studien (BISS) in Minsk. Zuvor arbeitete Katsiaryna Shmatsina für die Projekte zur Rechtsstaatlichkeit und zur demokratischen Regierungsführung der »American Bar Association« (Sektion Internationales Recht) und war als Programmkoordinatorin für Belarus des »International Republican Institute« tätig. Sie hat einen Abschluss als Master für Internationale Beziehung der Universität Syracuse und einen LL.B. der Belarussischen Staatlichen Universität.

STATISTIK

Politische Beziehungen mit der EU

Grafik 1: Index der Beziehungen von Belarus mit der EU* (2011–2019)



Nov.-Dez. 2013	22
Jan.-Feb. 2014	18
März-Apr. 2014	11
Mai-Juni 2014	20
Juli-Aug. 2014	24
Sep.-Okt. 2014	22
Nov.-Dez. 2014	23
Jan.-Feb. 2015	22
März-Apr. 2015	23
Mai-Juni 2015	20
Juli-Aug. 2015	19
Sep.-Okt. 2015	26
Nov.-Dez. 2015	24
Jan.-Feb. 2016	31
März-Apr. 2016	28
Mai-Juni 2016	34
Juli-Aug. 2016	19
Sep.-Okt. 2016	32
Jan.-Feb. 2018	14
März-Apr. 2018	22
Mai-Juni 2018	35
Juli-Aug. 2018	13
Sep.-Okt. 2018	23
Nov.-Dez. 2018	25
Jan.-Feb. 2019	21
März-Apr. 2019	25
Mai-Juni 2019	31
Juli-Aug. 2019	23
Sep.-Okt. 2019	34

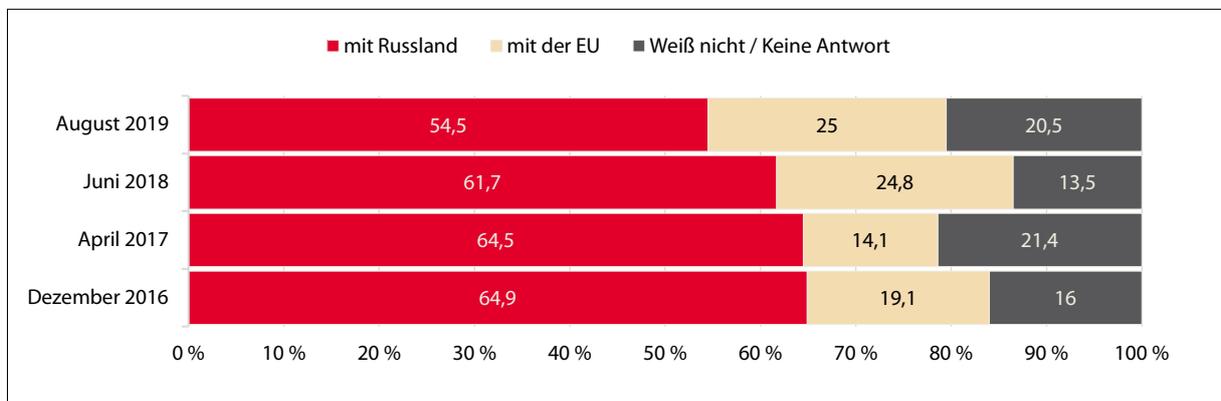
* Je höher der Wert, desto positiver die Dynamik der beidseitigen Beziehungen

Quelle: Daten des Belarus Foreign Policy Index (BFPI) und des Minsk Barometers (Minsk Dialogue), <https://belinstitute.com/en/analyticscomments/belarus-foreignpolicy-index>, <http://minskdialogue.by/programs/vneshniaia-politika-belarusi>

UMFRAGE

Umfragen des Belarusian Analytical Workroom

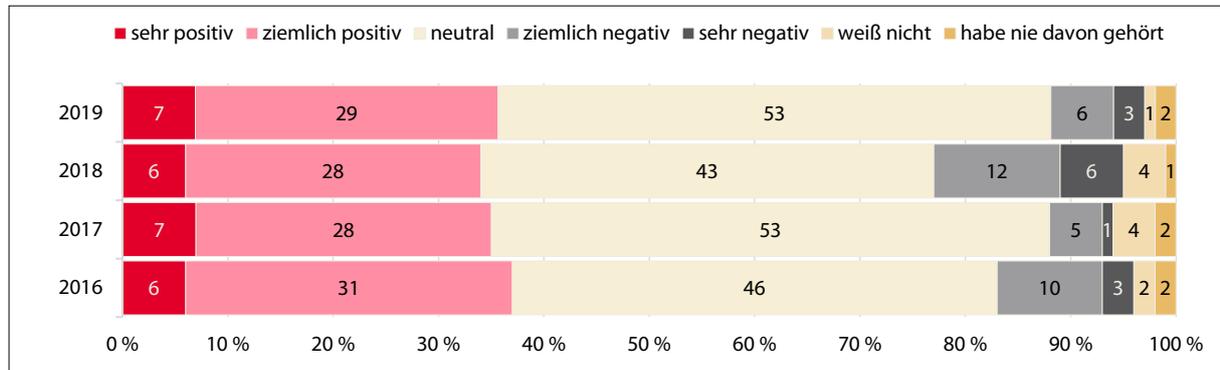
Grafik 2: In welcher Union wäre es besser – in der EU oder in einer Union mit Russland? (%)



Quelle: Opros: 14% belorusow chotjat w JeS, 65% predpochtajut integraciju s Rossijej, <https://thinktanks.by/publication/2017/05/20/opros-14-hotyat-v-es-65-predpochtajut-integratsiju-s-rossijej.html>; Daten von Andrej Wardamackij (Belarusian Analytical Workroom)

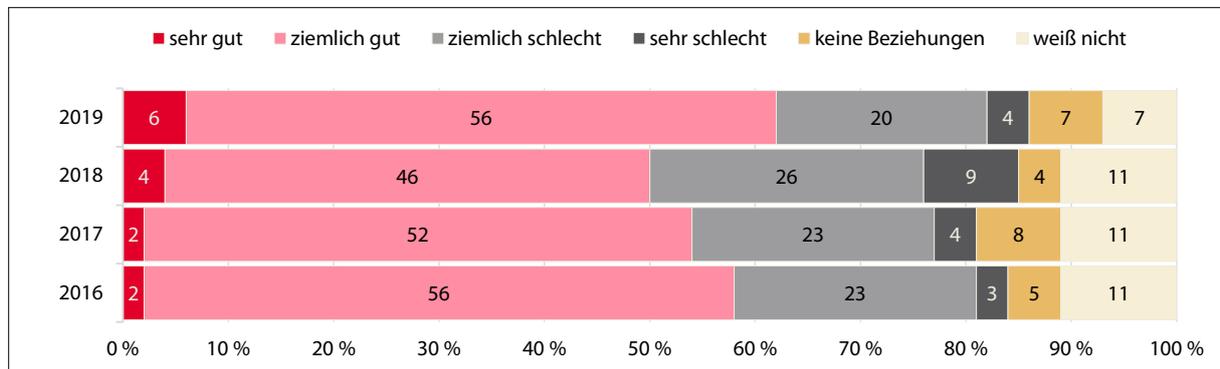
Umfragen von EU Neighbours East

Grafik 3: Haben Sie ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild von der Europäischen Union? (%)



Quelle: EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 2nd Wave (Spring 2017), S. 8, http://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2017-10/EUNEIGHBOURSeast_AnnualSurvey2017report_BELARUS.pdf; EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 3rd Wave (Spring 2018), S. 8, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2018-07/EU%20NEIGHBOURS%20east_AnnualSurvey2018report_BELARUS.pdf; EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 4th Wave (Spring 2019), S. 8, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2019-07/EUNEIGHBOURS%20east_AS2019report_BELARUS.pdf

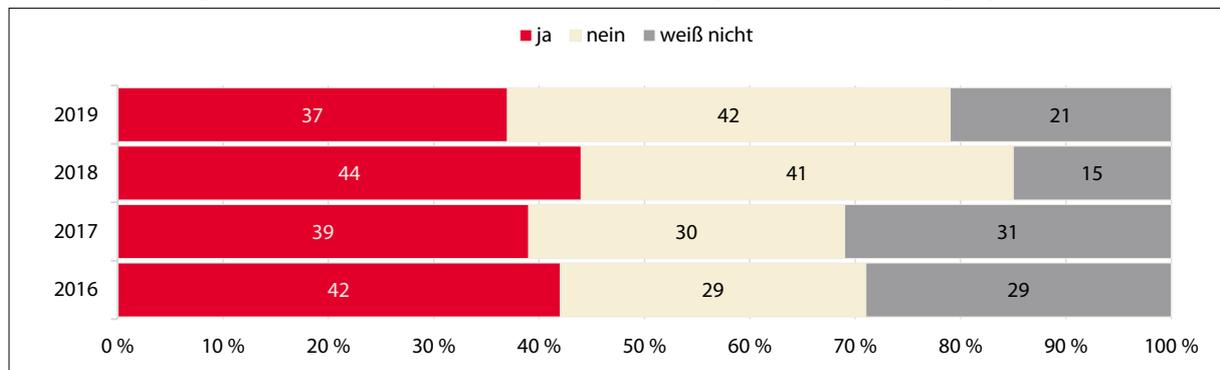
Grafik 4: Wie würden Sie die Beziehungen zwischen der EU und Belarus generell beschreiben? (%)*



* Der Anteil bezieht sich auf Belaruss_innen, die von der EU gehört haben

Quelle: EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 2nd Wave (Spring 2017), S. 12, http://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2017-10/EUNEIGHBOURSeast_AnnualSurvey2017report_BELARUS.pdf; EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 3rd Wave (Spring 2018), S. 11, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2018-07/EU%20NEIGHBOURS%20east_AnnualSurvey2018report_BELARUS.pdf; EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 4th Wave (Spring 2019), S. 11, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2019-07/EUNEIGHBOURS%20east_AS2019report_BELARUS.pdf

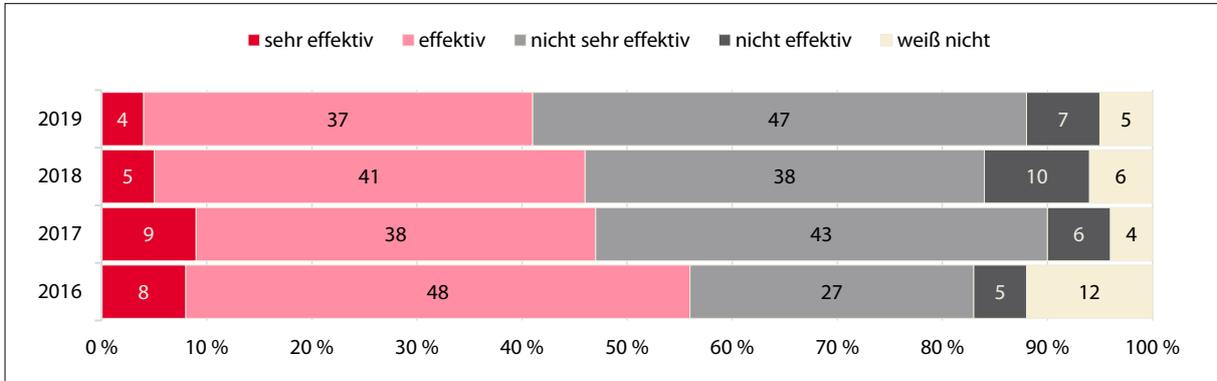
Grafik 5: Was glauben Sie: Stellt die EU finanzielle Unterstützung für Belarus zur Verfügung? (%)*



* Der Anteil bezieht sich auf Belaruss_innen, die von der EU gehört haben

Quelle: EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 4th Wave (Spring 2019), S. 12, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2019-07/EUNEIGHBOURS%20east_AS2019report_BELARUS.pdf

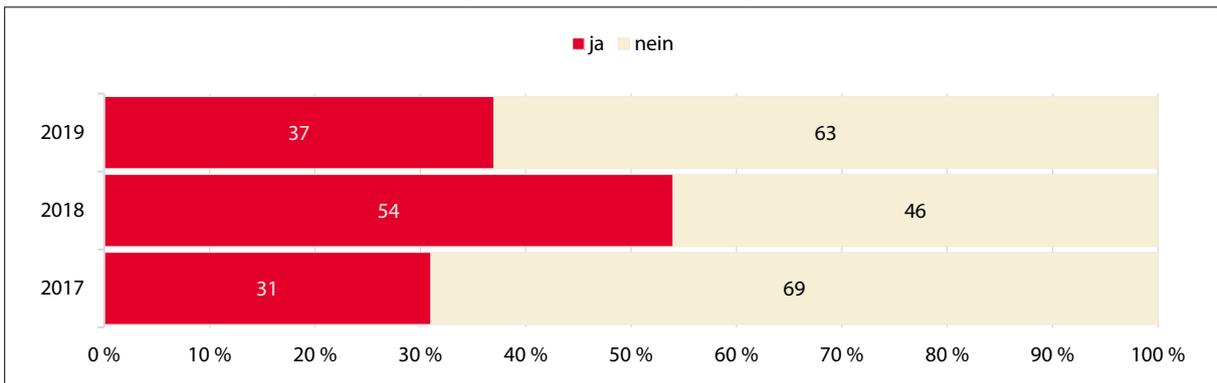
Grafik 6: Was glauben Sie: Wie effektiv ist die finanzielle Unterstützung der EU für Belarus? (%)*



* Der Anteil bezieht sich auf Belarussen, die von finanzieller Unterstützung durch die EU gewusst haben

Quelle: EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 2nd Wave (Spring 2017), S. 13, http://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2017-10/EUNEIGHBOURSeast_AnnualSurvey2017report_BELARUS.pdf; EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 3rd Wave (Spring 2018), S. 13, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2018-07/EU%20NEIGHBOURS%20east_AnnualSurvey2018report_BELARUS.pdf; EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 4th Wave (Spring 2019), S. 13, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2019-07/EUNEIGHBOURS%20east_AS2019report_BELARUS.pdf

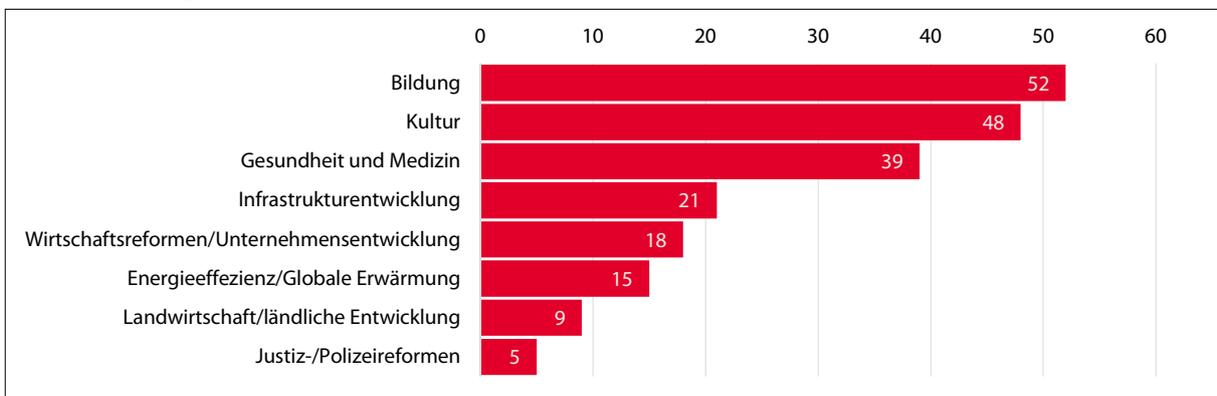
Grafik 7: Kennen Sie spezifische EU-Programme, die in Belarus umgesetzt werden? (%)*



* Der Anteil bezieht sich auf Belaruss_innen, die von finanzieller Unterstützung durch die EU gewusst haben

Quelle: EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 4th Wave (Spring 2019), S. 13, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2019-07/EUNEIGHBOURS%20east_AS2019report_BELARUS.pdf

Grafik 8: Welche EU-Programme in Belarus kennen Sie? (nach Bereichen, Frühling 2019, %, Mehrfachantwort möglich)*



* Der Anteil bezieht sich auf Belaruss_innen, die von finanzieller Unterstützung durch die EU gewusst haben

Quelle: EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 4th Wave (Spring 2019), S. 14, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2019-07/EUNEIGHBOURS%20east_AS2019report_BELARUS.pdf

Die belarussisch-ukrainischen Beziehungen: Strategische Partnerschaft entgegen der geopolitischen Ausrichtung

Dzianis Melyantsou (Programmkoordinator »Belarussische Außenpolitik« des Rates für internationale Beziehungen »Minsker Dialog«, Minsk)

Zusammenfassung

Ungeachtet der unterschiedlichen außenpolitischen Orientierung und der unterschiedlichen politischen und ökonomischen Systeme sind Belarus und die Ukraine strategische Partner und unterhalten in vielen Bereichen enge Beziehungen. Die Unterstützung durch Minsk bei der Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine sowie die ausbleibende belarussische Anerkennung der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland haben der Vertiefung der Beziehungen zusätzliche Impulse verliehen. Daneben bestehen sowohl äußere wie innere Probleme, die für die Zusammenarbeit der beiden Länder Einschränkungen bedeuten, etwa kartellrechtliche Ermittlungen und der Umstand, dass der Kreml kein Interesse an einer engeren Zusammenarbeit zwischen Minsk und Kiew hat.

Einführung. Allgemeine Merkmale der Beziehungen

Vergleicht man die Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine mit denen zu anderen Ländern, so lassen sie sich als in höchstem Maße politisch neutral und entideologisiert bezeichnen. Hatte es in den Beziehungen zu Litauen, Polen oder Russland Phasen (mitunter heftiger) politischer Krisen gegeben, so stellt das belarussische Verhältnis zur Ukraine seit dem Zerfall der UdSSR ein Muster an Ruhe Gleichmaß dar, auch wenn die ökonomische Seite der Zusammenarbeit nicht immer von Erfolg gekennzeichnet war. Die ab Mitte der 1990er Jahre üblichen Probleme bilateraler Beziehungen – Ratifizierung eines Grenzabkommens und Tilgung von Schulden – hatten sich nie zu heftigen Konflikten entwickelt und waren 2013 gütlich gelöst worden. Die politischen Herausforderungen durch die beiden ukrainischen Revolutionen von 2004 und 2014 sowie den anschließenden ukrainisch-russischen Krieg [meine Terminologie; D.M.] haben nicht zu einer Zuspitzung der bilateralen Beziehungen geführt. Es war im Gegenteil eher so, dass das Interesse an der Zusammenarbeit unter dem Einfluss der äußeren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung erheblich zunahm.

Es hat zwar in den belarussischen staatlichen Medien eine Reihe Wellen negativer Berichterstattung über den ersten und zweiten Maidan gegeben, doch kam es zu keiner ernstlichen Zuspitzung der Lage. Das Image der Ukraine in den belarussischen Medien ist insgesamt neutral, auch wenn das Regime in Belarus gern die Armut und das politische Chaos in der Ukraine betont. Das steht im Kontrast zur Repräsentation von insbesondere Polen und Russland – das Bild der von diesen Ländern gezeichnet wird, ist oft emotional überfrachtet.

Was die wirtschaftliche Dimension anbelangt, so ist die Ukraine für Belarus ein äußerst wichtiger Handels-

partner. 2018 lag sie von allen belarussischen Handelspartnern beim Export und beim Handelsvolumen an erster Stelle und beim Import an vierter.

Den größten Teil der belarussischen Exporte in die Ukraine machen Ölprodukte, verflüssigtes Gas und Bitumen aus. Andere Komponenten der belarussischen Exporte sind Mineraldünger, Traktoren und Sattelschlepper sowie Reifen. Die wichtigsten Importgüter aus der Ukraine sind Abfallprodukte aus der Gewinnung von Pflanzenöl, metallurgische Erzeugnisse sowie pflanzliche Öle und Medikamente.

Gegenwärtig gibt es in der Ukraine neun Montagewerke für belarussische Technik (u. a. zwei Werke für Traktoren, Mähdrescher, Fahrstuhltechnik, Trolleybusse – »Minsker Autowerke« (MAS) und »Belkomunmasch« –, technische Komponenten der MAS, Toranlagen, Stromzähler).

Auswirkungen der Krise in der Ukraine auf die Beziehungen zu Belarus 2014–2016

Seit dem Frühjahr 2014 nahm das Thema Ukraine einen der zentralen Plätze der belarussischen Außenpolitik ein, und zwar sowohl auf rhetorischer Ebene wie auch hinsichtlich konkreter Schritte. Im März und April 2014 formulierte Präsident Lukaschenka grundlegende Ansätze für eine Bewertung der Lage der Ukraine:

1. Der Maidan sei von einem »Zerfall der Wirtschaft, der wildwuchernden Korruption, dem Zerfall der Staatsmacht und dem fehlenden Vertrauen der Menschen« inspiriert worden;
2. Belarus trete für die territoriale Unversehrtheit der Ukraine ein;
3. Die Annexion der Krim sei ein »gefährlicher Präzedenzfall«; die Krim sei de facto bereits ein Teil Russlands, de jure jedoch nicht;

4. Anerkennung der Rechtmäßigkeit der neuen ukrainischen Regierung;
5. Das Territorium von Belarus werde niemals für einen Überfall auf die Ukraine genutzt werden.

Ungeachtet der positiven Signale von Seiten Aljaksandr Lukaschankas wahrte die postrevolutionäre Regierung der Ukraine nach der Flucht von Janukwytsh zwei Monate lang eine vorsichtige Zurückhaltung gegenüber Belarus. Diese Haltung wurde vielfach mit dem Unwillen der belarussischen Regierung erklärt, das Vorgehen Russlands auf der Krim zu verurteilen, mit dem belarussischen Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen gegen eine Resolution über die territoriale Unversehrtheit der Ukraine, mit Informationen, dass russische Kampfflugzeuge vom Typ SU-27 in Belarus eingetroffen seien, und allgemein mit der widersprüchlichen Politik von Minsk, das über eine strategische Partnerschaft mit der Russischen Föderation verbunden ist.

Bewegung in die bilateralen Beziehungen kam am 29. März 2014, als der geschäftsführende Präsident der Ukraine, Oleksandr Turtschynow, zu einem unerwarteten Besuch in Belarus eintraf. Die dreistündigen Unterredungen mit Lukaschenka führten zu einem Abbau der Spannungen zwischen den Führungen der beiden Länder.

Belarus erkannte als einer der ersten Staaten die ukrainischen Präsidentschaftswahlen vom Mai 2014 als legitim an. Am 7. Juni nahm Lukaschenka an den Feiern zur Amtseinführung von Petro Poroschenko teil.

Belarus trat systematisch – in der Regel gemeinsam mit Kasachstan – den Versuchen des Kremel entgegen, im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) Maßnahmen gegen die Ukraine zu ergreifen. So blockierte Belarus am 23. Juni 2014 im Rat der Eurasischen Wirtschaftskommission die Einführung von Importzöllen auf ukrainische Waren.

Gleichzeitig startete Belarus eine Reihe öffentlicher und nichtöffentlicher Vermittlungsinitiativen zur Lösung der Krise in der Ukraine. Der damalige ukrainische Verteidigungsminister Michajlo Kowal verkündete, dass Belarus der Ukraine beim Abtransport ukrainischer Militärtechnik von der durch Russland besetzten Halbinsel Krim helfen werde. Die Abmachungen zwischen Moskau und Kiew waren nicht ohne Vermittlung von Minsk zustande gekommen.

Als Ergebnis der Aktivitäten von Präsident Lukaschenka gab es die Bitte Kiews, 2014 in Minsk eine trilaterale Kontaktgruppe zur Regulierung der Situation im Donbass zusammenzurufen. Teilnehmer waren Leonid Kutschma für die Ukraine, Michail Surabow für Russland sowie Vertreter der OSZE.

Der belarussische Präsident initiierte Konsultationen einer eurasischen Troika mit der Ukraine, wobei

auch Vertreter der Europäischen Union teilnahmen. Dadurch wollte Lukaschenka Minsk den Status einer ständigen Verhandlungsplattform sichern. Das trilaterale Gipfeltreffen fand am 26. August 2014 in Minsk unter der Teilnahme von vier Staatspräsidenten statt: Aljaksandr Lukaschenka, Nursultan Nasarbajew, Wladimir Putin und Petro Poroschenko. Zugegen waren auch Unterhändler der EU, nämlich die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, sowie die EU-Kommissare Günther Oettinger und Karel de Gucht. Formal war das Gipfeltreffen dem Aufbau der Beziehungen zwischen der EAWG und der Ukraine gewidmet, nachdem letztere das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet hatte. Auch sollte die Regulierung des Konfliktes im Donbass Thema sein. Belarus strich seine politische Dividende ein: Auf dem Gipfeltreffen wurde beschlossen, Minsk zum ständigen Verhandlungsort der trilateralen Kontaktgruppe zur Ukraine zu machen, wodurch die belarussische Hauptstadt zu einem der wichtigsten Verhandlungsorte für die Regulierung des Konfliktes in der Ukraine wurde. Hier wurden Abkommen unterzeichnet, die zu einer Feuerpause im Donbass führten.

Für die belarussische Führung waren die Verhandlungen vom 11. und 12. Februar 2015 im sogenannten Normandie-Format (Petro Poroschenko, Wladimir Putin, Angela Merkel und François Hollande) das wichtigste Ereignis des Minsker Prozesses. Damals kamen die führenden Staatsmänner und -frauen Europas nach Belarus und hatten persönliche Unterredungen mit Lukaschenka. Die Teilnehmer der Verhandlungen brachten gegenüber der belarussischen Seite ihre Dankbarkeit für das hohe organisatorische Niveau des Treffens zum Ausdruck. Im Rahmen der Unterredungen kam es zu einem persönlichen Treffen von Aljaksandr Lukaschenka und Petro Poroschenko, der in Stellungnahmen vor den Medien hervorhob, dass es »zwischen der Ukraine und Belarus keinerlei bilaterale Probleme gibt«.

Im Frühjahr 2015 erschienen Medienberichte über eine zunehmende militärindustrielle Zusammenarbeit zwischen Belarus und der Ukraine. Insbesondere wurde erwähnt, dass Belarus bei der Nachrüstung der ukrainischen Armee Unterstützung leiste. Hervorgehoben wurde, dass Kampfgebiet beschädigte Hubschrauber vom Typ Mi-24 der Ukrainischen Streitkräfte im Luftfahrtausbesserungswerk Orscha instandgesetzt würden.

Ungeachtet der insgesamt positiven Entwicklung der Beziehungen, gab es allerdings auch problematische Aspekte. So stellte im Laufe des Jahres 2015 die Einrichtung eines russischen Luftwaffenstützpunktes in Belarus eines der gravierendsten Probleme dar. Die Verhandlungen über den Stützpunkt führten zu einer massiven negativen Reaktion in den ukrainischen Medien

und sozialen Netzwerken. Die Befürchtungen gingen dahin, dass das Hoheitsgebiet von Belarus für Angriffe der russischen Luftwaffe auf die Ukraine genutzt werden könnte. Die kategorische Weigerung von Minsk, den Luftwaffenstützpunkt auf seinem Gebiet einzurichten, wurde von der ukrainischen Seite positiv aufgenommen, so dass dieses problematische Kapitel abgeschlossen werden konnte.

2016 war der Arbeitsbesuch des belarussischen Außenministers Uladsimir Makej im August des Jahres nach Kiew das wichtigste diplomatische Ereignis in den bilateralen Beziehungen. Im Laufe seiner Unterredungen mit Präsident Poroschanko, Außenminister Klimkin und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Subko wurden Fragen der Ausstattung der Grenzanlagen, einer wachsenden Zusammenarbeit beim Anlagenbau, in der Energiewirtschaft, in der Landwirtschaft und im Transportwesen erörtert, wie auch die Zusammenarbeit im militärischen und kulturellen Bereich. Nach dem Dialog erklärte Makej, dass es zwischen Belarus und der Ukraine »keine unlösbaren Probleme« gebe und »zwischen den beiden Staaten eine ausgereifte Partnerschaft besteht« (<https://ej.by/news/politics/2016/08/26/makej-zayavil-o-zrelom-partnerstve-mezhdu-belarusyu-i-ukrainoy.html>). Makej dankte dem ukrainischen Präsidenten für seine Unterstützung bei der Herstellung eines Dialogs zwischen Belarus und der EU und den USA.

Das Konfliktpotenzial von 2017 und die anschließende Verbesserung der Beziehungen

2017 gab es Anzeichen, dass sich der politische Dialog zwischen Belarus und der Ukraine verstärken würde. Zum einen fiel Anfang 2017 in Kiew die Entscheidung über einen ukrainischen Botschafter in Belarus. Der Posten war seit 2015 vakant gewesen. Dann führte ein verstärkter Dialog zwischen den Staatshäuptern zur Wiederherstellung eines vollwertigen diplomatischen Kanals. Im April 2017 kam Petro Poroschenko zu einem Arbeitsbesuch nach Belarus. Auf der offiziellen Tagesordnung standen Handels- und Wirtschaftsfragen. Inoffiziell, hinter verschlossenen Türen ging es um Sicherheitsfragen. Konstruktive Vereinbarungen (Gründung neuer Joint Ventures in der Industrie, dem petrochemischen Komplex, der Landwirtschaft und dem Transportwesen) machten im Juli einen offiziellen Besuch Lukaschankas in der Ukraine möglich. Im November trafen sich die Präsidenten ein drittes Mal.

Im Laufe des Jahres 2017 sorgten Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit dem strategischen Manöver »Sapad-2017« (»Westen 2017«), das gemeinsam mit Russland auf belarussischem Gebiet abgehalten wurde, für Besorgnis in Kiew. Mitunter wurden die Zweifel der

ukrainischen Seite über die »Harmlosigkeit« des Manövers derart stark artikuliert, dass der belarussische Präsident sich genötigt sah, bei Unterredungen mit seinem ukrainischen Amtskollegen auf mehrstündige Erläuterungen zurückzugreifen. Auch die Maßnahmen für eine Beobachtung halfen nicht besonders weiter: Bei den ukrainischen Beobachtern blieben Zweifel hinsichtlich einer möglichen Nutzung der Manöver als Deckmantel für einen Angriff russischer Streitkräfte auf die Ukraine aus nördlicher Richtung. Und selbst nach Abschluss des Manövers noch erklärte der Chef des ukrainischen Generalstabes, Viktor Mushenko, dass Russland seine Streitkräfte nicht von belarussischem Gebiet abgezogen habe und sie irgendwo verstecke (<https://gordonua.com/news/worldnews/muzhenko-zayavil-hto-posleucheniy-zapad-2017-v-belarusi-ostalis-rossiyskie-voyska-201730.html>).

Auch die Entführung von Pawel Gryb, einem ukrainischen Staatsangehörigen, die auf belarussischem Gebiet durch Angehörige des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB erfolgte (Gryb kam kurz darauf in ein Untersuchungsgefängnis in Russland), warf einen Schatten auf die bilateralen Beziehungen. Die Passivität der belarussischen Stellen bei der Aufklärung und auch die Tatsache selbst, dass ausländische Geheimdienste auf belarussischem Territorium präsent sind, zogen entsprechende Reaktionen Kiews nach sich.

Ein weiterer konfliktträchtiger Zwischenfall war die Festnahme Pawel Scharojkos, eines ukrainischen Journalisten (und ehemaligen offiziellen Mitarbeiters ukrainischer Geheimdienste) durch den belarussischen KGB im Oktober 2017. Es folgte eine öffentliche Anklage wegen Spionage für die Ukraine. Minsk warf der ukrainischen Seite vor, sie habe diesen Vorfall entgegen der üblichen Praxis öffentlich gemacht (kurz zuvor erst hatte die Ukraine einen belarussischen Staatsangehörigen unter dem Vorwurf der Spionage festgenommen). Der Spionageskandal um Scharojko hatte dann auch für die diplomatischen Vertretungen Konsequenzen: Ende November 2017 verwies die Ukraine einen belarussischen Diplomaten des Landes, nachdem ein Botschaftsrat der Ukraine in Belarus zur Persona non grata erklärt worden war.

Diese beiden für die bilateralen Beziehungen unangenehmen Themen wurden erst 2019 abgeschlossen, nachdem Russland im Zuge eines Gefangenenaustauschs den entführten Ukrainer Pawel Gryb freigelassen und die Ukraine und Belarus einen Austausch ihrer unter Spionageverdacht stehenden Bürger vorgenommen hatten.

Am 3. Oktober 2019 fand im ukrainischen Shytomyr ein großes Forum der Regionen von Belarus und der Ukraine statt (<https://www.belta.by/economics/>

[view/ii-forum-regionov-belarusi-i-ukrainy-prohodit-v-zhitomire-364313-2019/](https://www.president.gov.ua/news/pid-golovuvannyam-prezidentiv-ukrayini-ta-bilorusi-vidbulisy-57621)), in dessen Rahmen ein offizieller Besuch von Aljaksandr Lukaschenka und sein Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj stattfand (<https://www.president.gov.ua/news/pid-golovuvannyam-prezidentiv-ukrayini-ta-bilorusi-vidbulisy-57621>).

Auf Grundlage der Ergebnisse des Forums wurde die Absicht verkündet, gemeinsame Projekte im Bereich der industriellen Zusammenarbeit umzusetzen sowie in drei weiteren für Belarus wichtigen Bereichen:

1. Zusammenarbeit in der Energiebranche mit dem Ziel, ein belarussisches Atomkraftwerk in Betrieb zu nehmen;
2. Umsetzung eines Projektes zur Wiederaufnahme der Schifffahrt auf dem Dnepr, vor allem auf dem Abschnitt Schwarzes Meer – Nishnija Shary / Pripjat;
3. Gemeinsame Arbeit beim Raketenbau. Hier geht es vor allem um eine Zusammenarbeit der Rüstungsindustrien der beiden Länder. Diese Frage hatte an Aktualität gewonnen, nachdem sich Russland geweigert hatte, taktische Raketen vom Typ »Iskander« an Belarus zu liefern und es allgemein vorzog, von Lieferungen moderner Waffensysteme an Belarus abzusehen.

Am 11. Oktober 2019 rief der belarussische Präsident beim Gipfeltreffen der Regierungs- und Staatsoberhäupter der GUS die Teilnehmer dazu auf »das neue Regime in der Ukraine zu unterstützen« (<https://www.belta.by/president/view/lukashenko-na-sammit-sng-prizval-podderzhat-dejstvujuschuju-vlast-v-ukraine-365350-2019/>).

Mitte Oktober 2019 wurde bekannt, dass ein belarussisches Straßenbauunternehmen einen Rekordvertrag über die Renovierung und Modernisierung von Straßen in der Ukraine unterzeichnet hat. Vertrag hat ein Volumen von fast 746 Millionen Hrywnja (nach heutigem Kurs ca. 27,66 Mio. Euro). Dieser Umstand unterstreicht die Entwicklung, dass belarussische Straßenbauunternehmen als gewichtige Akteure auf den wachsenden Markt der Straßeninstandsetzung und -modernisierung in der Ukraine drängen.

Insgesamt hat das vom Rat für internationale Beziehungen »Minsker Dialog« durchgeführte Monitoring der Beziehungen zur Ukraine, das eine Quantifizierung der bilateralen Zusammenarbeit vornimmt, verdeutlicht, dass die Kooperation in den vergangenen zwei Jahren an Dynamik gewonnen hat (Siehe: Minsk Barometer: monitoring of foreign policy and regional security; <http://minskdialogue.by/en/research/reports>).

Schlussfolgerungen

Die Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine sind stabil und sind für beide Länder von strategischer

Bedeutung. Belarus hat ein objektives Interesse daran, die Ukraine als einen der größten Absatzmärkte für seine Produkte zu bewahren.

Die neutrale Haltung von Minsk in Bezug auf den ukrainisch-russischen Konflikt und seine Anstrengungen zur Beförderung des Verhandlungsprozesses haben es der belarussischen Regierung ermöglicht, in den Beziehungen zum Westen einen Normalisierungsprozess zu beginnen, eine Aufhebung der Sanktionen zu erreichen und international ein neues Image zu erlangen.

Die Ukraine wiederum ist an einer größtmöglichen Sicherheit seiner Nordgrenze interessiert, an reibungslosen Lieferungen von Produkten der ölverarbeitenden Industrie, an anderen Projekten zur Energiesicherheit und an der Neutralisierung von Versuchen Russlands, im Rahmen der EAWU einschränkende Handelsmaßnahmen gegen die Ukraine einzuführen.

Insgesamt lässt sich in den bilateralen Beziehungen eine Reihe wichtiger Gesetzmäßigkeiten feststellen.

Erstens wirkt sich ein prowestliches Regime in Kiew stets fruchtbar auf die Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine aus. Das ist auf die fehlende Konkurrenz innerhalb der Integrationsprojekte unter der Ägide Russlands zurückzuführen, wie auch auf den Umstand, dass sich die beiden Staaten in verschiedenen Nischen positionieren. Gleichzeitig tritt die ukrainische Führung bei einer solchen Konstellation gewissermaßen als Anwalt von Belarus gegenüber dem Westen auf. Und umgekehrt: Eine prorussische Regierung in der Ukraine bedeutet zunehmende Konkurrenz und politische Spannungen.

Zweitens besteht eine klare Trennung von zwei Ebenen der Zusammenarbeit. Zum einen eine pragmatische, praxisorientierte und dann eine öffentliche und mediale. Die erste Ebene spiegelt die Interessen der beiden Länder bei der Umsetzung konkreter Projekte in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit wider. Hier zeigt sich völlige Übereinstimmung und volles Vertrauen auf höchster politischer Ebene. Die Abkommen und der Verlauf ihrer Umsetzung sind oft vollkommen nichtöffentlicher Natur. Die Presse berichtet kaum darüber, doch ist die Existenz der Abkommen für Experten kein Geheimnis. Die Umsetzung lässt sich in den Berichten der staatlichen Behörden nachvollziehen.

Die zweite Ebene besteht aus einer Reihe von Aktionen und Botschaften, die vorwiegend an das externe Publikum gerichtet sind und häufig von Skandalen und negativen medialen Vorstößen begleitet werden. Diese beiden Ebenen entsprechen sich einander auf paradoxe Weise nur selten und führen zu unangenehmen Exzessen wie etwa bei den Spionageskandalen und der Aufregung aus Anlass des Manövers 2017.

Der Charakter der Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine wird sich nicht ändern, da die wich-

tigsten Interessen und Richtungen der Zusammenarbeit bereits feststehen und umgesetzt werden. In dem Maße, wie die Beziehungen zwischen Minsk und Russland schwieriger werden und eine Normalisierung der Beziehungen zum Westen erfolgt, wird für die belarussische Führung der Vektor Ukraine immer wichtiger werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist ein Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Industrie, Verkehr und Militär zu erwarten.

Über den Autor:

Denis Meljanzou ist Koordinator des Programms »Belarussische Außenpolitik« des Rates für internationale Beziehungen »Minsker Dialog«. Er war von 2007 bis 2017 als Analytiker am »Belarussischen Institut für Strategische Studien« tätig und hat von 2006 bis 2009 an der Europäischen Geisteswissenschaftlichen Universität unterrichtet. Er hat sich in seinen Forschungen auf belarussische Außenpolitik (insbesondere gegenüber der EU und den USA) sowie auf internationale und europäische Sicherheitsfragen konzentriert.

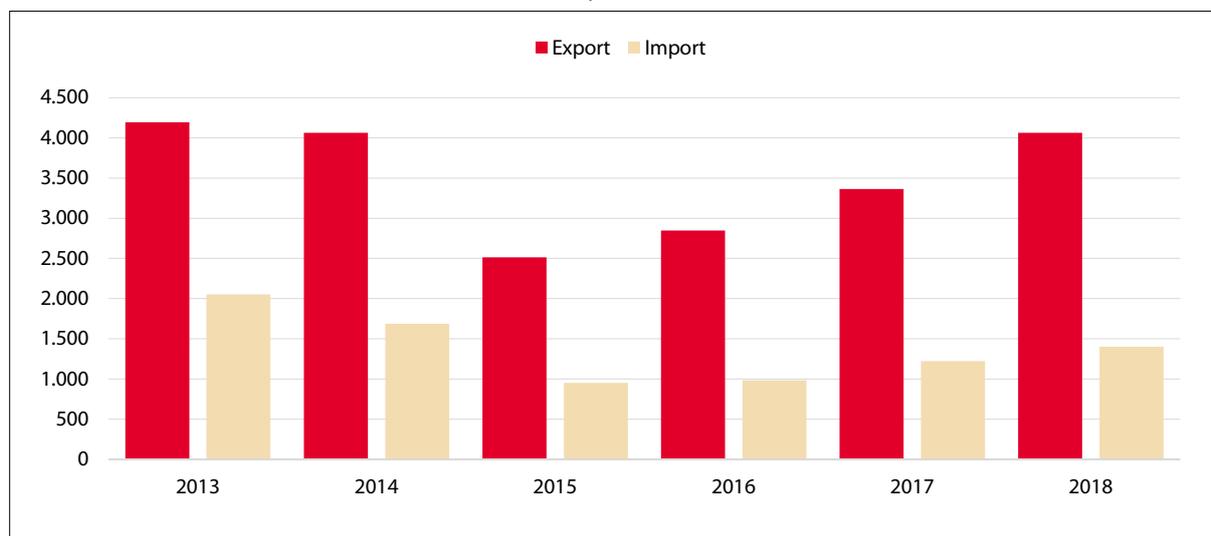
Unter den externen Faktoren, die diese Prozesse beeinflussen, ist Russland zu nennen, das an einer solchen Annäherung zwischen Kiew und Minsk kein Interesse hat, und dem vor allem medial entgegenwirken wird.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

STATISTIK

Politische Beziehungen und Handel mit der Ukraine

Grafik 1: Handel zwischen Belarus und der Ukraine, Mio. US-Dollar



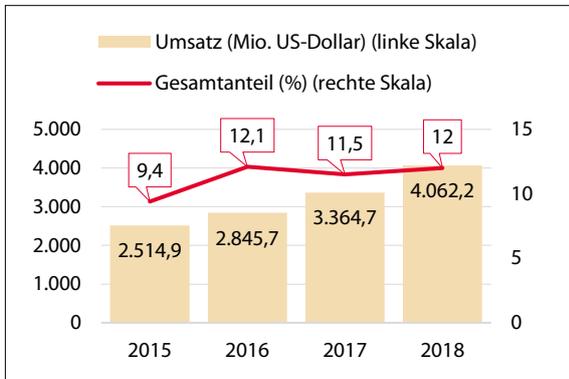
Quelle: Belstat

Tabelle 1: Handel zwischen Belarus und der Ukraine, Mio. US-Dollar

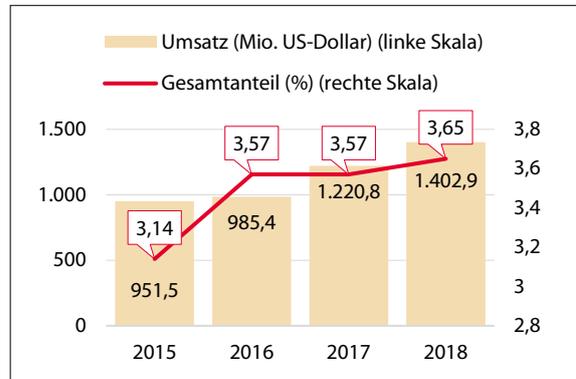
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Export	4.195,8	4.063,7	2.514,9	2.845,7	3.364,7	4.062,2
Import	2.053,5	1.688,9	951,5	985,4	1.220,8	1.402,9

Quelle: Belstat

Grafik 2a: Warenexporte aus Belarus in die Ukraine

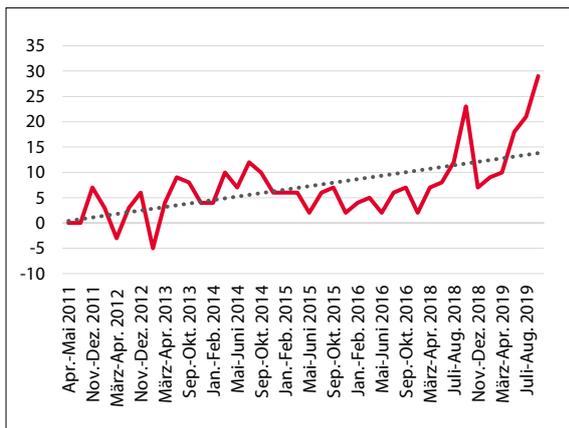


Grafik 2b: Warenimporte aus der Ukraine nach Belarus



Quelle: Foreign Trade of the Republic of Belarus, Statistical book, Minsk 2019, Nationales Komitee für Statistik, S. 47–56, <http://www.belstat.gov.by/upload/iblock/55b/55bc63bcb7c590ea3f01ff3ab0fc9714.pdf>

Grafik 3: Index der Beziehungen von Belarus mit der Ukraine* (2011–2019)



Apr.-Mai 2011	0
Juni-Aug. 2011	0
Nov.-Dez. 2011	7
Jan.-Feb. 2012	3
März-Apr. 2012	-3
Mai-Juni 2012	3
Nov.-Dez. 2012	6
Jan.-Feb. 2013	-5
März-Apr. 2013	4
Mai-Juni 2013	9
Sep.-Okt. 2013	8
Nov.-Dez. 2013	4
Jan.-Feb. 2014	4
März-Apr. 2014	10

Mai-Juni 2014	7
Juli-Aug. 2014	12
Sep.-Okt. 2014	10
Nov.-Dez. 2014	6
Jan.-Feb. 2015	6
März-Apr. 2015	6
Mai-Juni 2015	2
Juli-Aug. 2015	6
Sep.-Okt. 2015	7
Nov.-Dez. 2015	2
Jan.-Feb. 2016	4
März-Apr. 2016	5
Mai-Juni 2016	2
Juli-Aug. 2016	6
Sep.-Okt. 2016	7
Jan.-Feb. 2018	2
März-Apr. 2018	7
Mai-Juni 2018	8
Juli-Aug. 2018	12
Sep.-Okt. 2018	23
Nov.-Dez. 2018	7
Jan.-Feb. 2019	9
März-Apr. 2019	10
Mai-Juni 2019	18
Juli-Aug. 2019	21
Sep.-Okt. 2019	29

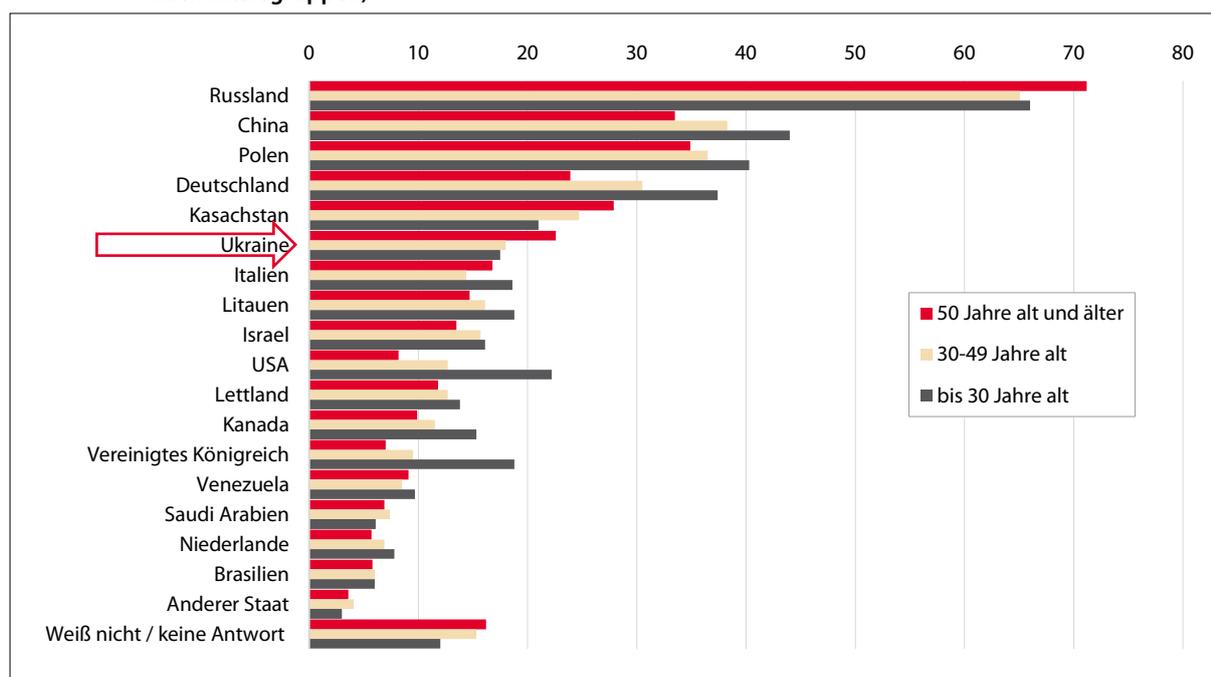
* Je höher der Wert, desto positiver die Dynamik der beidseitigen Beziehungen

Quelle: Daten des Belarus Foreign Policy Index (BFISS) und des Minsk Barometers (Minsk Dialogue), <https://belinstitute.com/en/analyticscomments/belarus-foreignpolicy-index>, <http://minskdialogue.by/programs/vneshniaia-politika-belarusi>

UMFRAGE

Umfrage des Russisch-belarussischen Expertenclubs und des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus

Grafik 3: Mit welchen Staaten soll Belarus Ihrer Meinung nach seine Wirtschaftskooperation stärken? (2018, %, nach Altersgruppen)

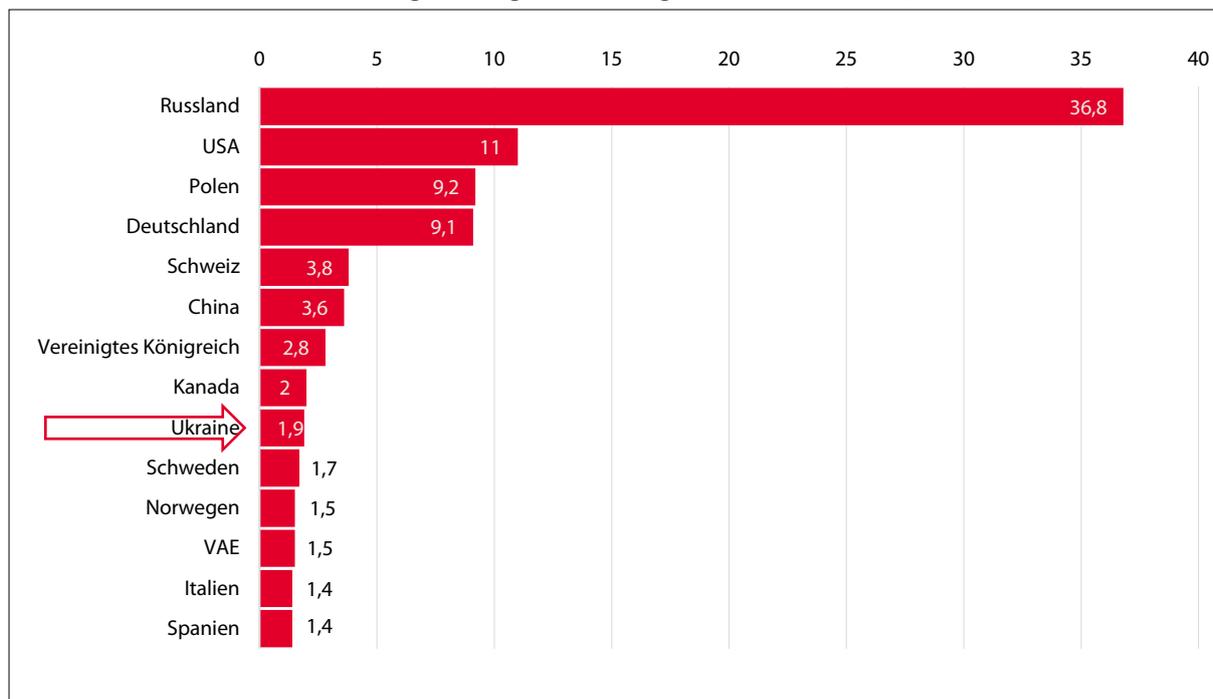


	50 Jahre alt und älter	30-49 Jahre alt	bis 30 Jahre alt
Russland	71,2	65,1	66
China	33,5	38,3	44
Polen	34,9	36,5	40,3
Deutschland	23,9	30,5	37,4
Kasachstan	27,9	24,7	21
Ukraine	22,6	18	17,5
Italien	16,8	14,4	18,6
Litauen	14,7	16,1	18,8
Israel	13,5	15,7	16,1
USA	8,2	12,7	22,2
Lettland	11,8	12,7	13,8
Kanada	9,9	11,5	15,3
Vereinigtes Königreich	7	9,5	18,8
Venezuela	9,1	8,5	9,7
Saudi Arabien	6,9	7,4	6,1
Niederlande	5,7	6,9	7,8
Brasilien	5,8	6	6
Anderer Staat	3,6	4,1	3
Weiß nicht / keine Antwort	16,2	15,3	12

Quelle: *Wosprijatije belorusskoj molodeshju sojusa s Rossiej menjajetsja – soziologi*, https://eurasia.expert/vosprijatie-soyuznogo-gosudarstva-molodezhyu-belarusi-menaetsya-belorusskiy-sotsiolog/?fbclid=IwAR3-2H_Wsy-t6XfRCkruslHwgRGmQ6mZOEYHqq18kM4liDhDA9RsrifDwC

Umfrage des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

Grafik 4: Belarus soll Ihrer Meinung nach engere Beziehungen mit ... entwickeln* (2019, %)



* Befragt wurden junge Menschen zwischen 16 und 34 Jahren, die in Gebietshauptstädten (zwischen 300.000 und 500.000 Einwohner) sowie in der Hauptstadt Minsk wohnen

Quelle: Félix Krawatzek: *Youth in Belarus: Outlook on life and political attitudes*, ZOiS Report 5 / 2019, https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/ZOiS_Reports/ZOiS_Report_5_2019.pdf

19. November 2019 – 12. Januar 2020

19.11.2019	Das belarussische Außenministerium äußert sich enttäuscht von der Bewertung der Parlamentswahlen in Belarus durch die OSZE/ODIHR-Beobachtermission. Der Wahlkampf sei ruhig, organisiert, offen, transparent und mit Wettbewerbscharakter verlaufen und habe in vollem Einklang mit der nationalen Gesetzgebung und den internationalen Verpflichtungen von Belarus gestanden, so das belarussische Außenministerium.
19.11.2019	Der Ministerpräsident von Belarus, Sjarhej Rumas, trifft sich mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedew in Moskau. Es sei ein wesentlicher Teil der Fahrpläne für die Integration im Rahmen des Unionsstaates von Russland und Belarus vereinbart worden, so Medwedew.
20.11.2019	Die Parlamentswahlen in Belarus seien »erneut von einer Reihe von Missbräuchen und Mängeln überschattet worden«, so Robert Biedron, Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Belarus. Ähnliche Erklärungen werden in den kommenden Tagen von den Außenministerien Großbritanniens und der USA verbreitet.
22.11.2019	In Vilnius findet eine Zeremonie zur Beisetzung der Überreste hingerichtete Aufständischer von 1863 bis 1864, u. a. des berühmten Kastus Kalinouski, statt. Kalinouski hatte auf dem Gebiet des Russischen Reiches einen Befreiungsaufstand organisiert und wird von den nationalorientierten intellektuellen Kreisen in Belarus als Nationalheld angesehen. An der Zeremonie nimmt von belarussischer Seite eine Delegation unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Ihar Petryschenka teil.
28.11.2019	Präsident Aljaksandr Lukaschenka nimmt in Kirgisistan am Gipfel der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) teil.
27.11.2019	In Minsk findet eine weitere Sitzung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung des Konflikts in der Ukraine statt.
02.– 03.12.2019	Aljaksandr Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in der serbischen Hauptstadt Belgrad auf. Er nimmt am Belarussisch-Serbischen Wirtschaftsforum teil und trifft sich mit seinem serbischen Amtskollegen Aleksandar Vučić. Lukaschenka erklärt, er respektiere den Wunsch Serbiens, der EU beizutreten. Dabei nennt er die EU »eine der mächtigsten Säulen des Planeten«.
04.– 06.12.2019	In Minsk findet das von der Deutsch-Belarussischen Gesellschaft organisierte 17. Minsk Forum statt, an der sich über 300 Politiker_innen, Expert_innen, Vertreter_innen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft vor allem aus Belarus und Deutschland beteiligen. Der stellvertretende Außenminister von Belarus, Aleh Krautschanka, spricht über die Bedeutung einer multivektoralen belarussischen Außenpolitik. Die deutsche Seite ist u. a. durch Beauftragten für Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien der Bundesregierung, Michael Siebert, vertreten.
05.12.2019	Präsident Lukaschenka hält eine Rede vor dem neugewählten Parlament. Das neue Parlament werde sich an der Arbeit zur Verbesserung bzw. Veränderung der Verfassung beteiligen, so Lukaschenka.
05.12.2019	Der Anteil der Bürger_innen von Belarus, die eine Inkorporation von Belarus in die Russische Föderation unterstützen, beträgt 7,7 %, gibt das Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften gekannt. Dabei halten die Belarus_innen Russland traditionell für das ihnen gegenüber freundlichste Land (60,5 %) und den wichtigsten Bereich der Außenpolitik (47,6 %).
07.12.2019	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich im russischen Sotschi mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die Verhandlungen zum Thema Integration von Belarus und Russland dauern über fünf Stunden; es werden allerdings anschließend keine Erklärungen abgegeben.
07.– 08.12.2019	In Minsk nehmen am ersten Tag bis zu 1.500 Menschen und am zweiten bis zu 1.000 Menschen an mehreren Kundgebungen gegen eine vertiefte Integration von Belarus und Russland teil. Teilnehmer_innen der Aktion werden nicht geschlagen oder verhaftet; später werden viele Teilnehmende allerdings für ihre Beteiligung mit Bußgeld und/oder Administrativhaft bestraft.
09.12.2019	Belarus unterstützt nicht die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der die Besorgnis über die Militarisierung der Halbinsel Krim zum Ausdruck gebracht wird.
16.12.2019	In Hrodna findet eine Kundgebung gegen eine Integration von Belarus und Russland mit einer Beteiligung von rund 100 Menschen statt.
18.12.2019	In Minsk wird eine weitere Sitzung der Kontaktgruppe zur Beilegung des Konflikts in der Ukraine durchgeführt.
17.– 18.12.2019	In Brüssel findet die 8. Sitzung der Koordinationsgruppe Belarus-EU statt.

20.12.2019	Präsident Lukaschenka trifft sich in St. Petersburg mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, um über die Preise für Öl und Gas aus Russland für das Jahr 2020 zu verhandeln. Es werden an diesem Tag noch keine Vereinbarungen getroffen.
20.12.2019	In Minsk findet erneut eine Kundgebung gegen die Integration von Belarus und Russland statt; daran beteiligen sich bis zu 1.100 Menschen.
20.12.2019	Die EU verurteilt eine weitere Anwendung der Todesstrafe in Belarus. Am 17. Dezember wurde der wegen eines Mordes verurteilte Aljaksandr Asipowitsch hingerichtet.
21.12.2019	In Minsk findet erneut eine Kundgebung gegen die Integration von Belarus und Russland statt.
29.12.2019	In Minsk findet zum 5. Mal im Monat eine Kundgebung gegen eine Integration von Belarus und Russland statt.
31.12.2019	Aljaksandr Lukaschenka weist der Geschäftsführung des Konzerns »Belneftechim« an, dringend alternative Möglichkeiten zur Ölversorgung für Belarus zu finden. Am letzten Tag des Jahres gebe es immer noch keine Verträge über Öllieferungen aus Russland nach Belarus ab 2020, so Lukaschenka.
03.01.2020	Belarus stelle wegen der Unterbrechung der Öllieferungen aus Russland den Export von Ölprodukten vorübergehend, teilt der Konzern »Belneftechim« mit.
08.01.2020	Belarus und die EU unterzeichnen ein Abkommen über Visaerleichterungen und Rückübernahme. Nach der Ratifizierung des Abkommens durch die Parteien werden die Visakosten für Belarus_innen auf 35 Euro gesenkt.
11.01.2020	Die EU verurteilt neue Vollstreckung von Todesurteilen in Belarus und ruft die belarussische Führung zur Verabschiedung eines Moratoriums zur Todesstrafe in Belarus auf.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agenturen BelaPAN und BelTa sowie des Nachrichtenportals naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
 Dr. Maria Davydchik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin
 Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1613-3390 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



Kostenlose E-Mail-Dienste:
www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.